Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 654 — Jahrgang 211

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,00 außer Postgebühr.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Montag, 23. Dezember

Anzeigenpreis: Diesige Inseraten je Zeile 35 Pfg., auswärtige je Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei vorheriger Kasse.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die englischen Bedingungen

Amsterdam, 21. Dezember.

Dem Reuter-Büro zufolge berichtet „Daily Expreß", daß gestern in einer Sitzung des Reichskriegskabinetts die Bedingungen besprochen wurden, die der Friedenskonferenz vorgelegt werden sollen. Es verlautet, daß wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Auf der Friedenskonferenz wird verlangt werden, daß die deutschen Kolonien nicht zurückgegeben werden sollen. In dieser Frage ist das Reichskriegskabinett einer Meinung. Was die Schädenvergütung betrifft, so wurde darauf hingewiesen, daß die britischen Forderungen vielleicht ein paar Jahre zurückgestellt werden müßten, damit erst die dringenden Forderungen Frankreichs und Belgiens befriedigt werden. Dies ist aber nicht ganz richtig. Die britischen Minister sind der Ansicht, daß Deutschland den britischen Interessen durch sofortige Einfuhr von Rohstoffen, die zur Reorganisation der alten und zur Errichtung neuer Industrien nötig sind, dienstbar gemacht werden soll. Daneben wurden Maßregeln erwogen, um die Ueberschwemmung des englischen Marktes mit billigen deutschen oder anderen Waren zu verhindern.

Die preußische Wahlordnung

Amtlich. Die von der preußischen Regierung beschlossene Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung lehnt sich eng an das Reichswahlgesetz an. Die Mitglieder der Landesversammlung werden in allgemeinen, unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Wahlberechtigt sind die deutschen Männer einschließlich der Personen des Soldatenstandes und Frauen, die am Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet haben. Wahlausschließungsgründe sind die gleichen, wie im Reichswahlgesetz. Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltage seit mindestens einem Jahre Preußen sind. Auf 100 000 Einwohner entfällt im allgemeinen ein Abgeordneter. In 23 Wahlkreisen, die sich den Provinzen und Regierungsbezirken anlehnen, werden insgesamt 40 Abgeordnete gewählt. Die Wahlen finden am 26. Januar statt.

Eine Kundgebung zur Schulrevolutionierung

Eine Direktoren-Versammlung in Berlin nahm zu den Ministerial-Erlassen über den Geschichts- und Religionsunterricht, Schulrat und Schulgemeinde mit folgender Erklärung Stellung:

Wir legen Verwahrung dagegen ein, daß die provisorische Regierung vor Einberufung der Nationalversammlung und endgültiger Ordnung der Regierungsgewalt Verfügungen von so einschneidender Wirkung, noch dazu mit ganz unverständlicher Eile, erlassen hat.

Die Erlasse über den Geschichts- und Religionsunterricht atmen den Geist der Undankbarkeit gegen Andersdenkende, alte Erlasse den Geist der Feindseligkeit gegen die alte Schule. Diesem Geiste treten wir einmütig und einstimmig entgegen.

Wenn das Ministerium von den Lehrern die Heranbildung eines „neugearteten" Geschlechts fordert, „eines Geschlechts von hohem Opfermut und Adel der Gesinnung, von unbestechlicher Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit, von unerschütterlichem sittlichen Mut und Idealismus", so erheben wir an den Gräbern unserer gefallenen Schüler flammenden Einspruch gegen jede Anklage, als ob die alte Schule keine Männer von Opfermut, Gesinnung und Idealismus herangebildet habe.

Wenn das Ministerium den Schülern zuruft: „Wir hoffen, daß viel's, was unser einem verkalkten und toten System der Unfreiheit in eurer Seele noch hungern kranken und verkrüppeln mußte, in der neuen Welt der Freiheit gesunden und aufblühen wird", wenn es unsern Schülern wünscht: „Möge die Luft der Schule gereinigt werden von dem Ungeist der toten Unterordnung, des Mißtrauens und der Lüge", — so weisen wir diese Verunglimpfung der alten Schule diese Beleidigung der gesamten Lehrerschaft aufs schärfste zurück. Das Ministerium will Freiheit säen und wird Zuchtlosigkeit ernten.

An unseren Schulen herrscht ein freies Vertrauensverhältnis zwischen Lehrern und Schülern. Die von dem Ministerium gewünschten „Schülerräte", ein Name, der unter den jetzigen Verhältnissen an sich schon aufreizend wirkt und entschieden abzulehnen ist, bestehen längst als „Schülerausschüsse". Die „Schulgemeinde" dagegen mit parlamentarischer Entmachtung mag sich für Privatschulen mit kleinen Internaten eignen; in die öffentliche Schule vor allem in die Riesenanstalten der Großstädte gehört sie nicht.

Gegen die Bedrohung des Religionsunterrichtes legen wir gleichfalls Verwahrung ein. Die deutsche Familie will keine Schule ohne Religion. Niemals werden wir die Hand dazu bieten, daß das Kleinod religiösen Lebens in der Schule einseitigen Parteibestrebungen geopfert werde.

Die Direktoren der höheren Schulen für die männliche Jugend in Berlin und der Provinz Brandenburg.

Gropp-Charlottenburg, Vorsitzender.

Die Offiziere gegen weitere Vergewaltigungen

Im Namen von etwa 100 000 Angehörigen des Offiziers- und Militärbeamtenstandes hält es der Deutsche Offizier-Bund für seine Pflicht, der Reichsleitung folgende nächstliegende unaufschiebbare Forderungen des Offizier- usw. Korps zur Kenntnis zu geben:

1. Sofortige Beseitigung aller Maßnahmen der Soldatenräte, die zur Entehrung, Entrechtung und Vergewaltigung des Offiziers usw. geführt haben. (Willkürliche Absetzungen, Entfernung der Abzeichen, Verbot der Seitenwaffen.)

2. Sicherstellung der Gebührnisse der von Soldatenräten widerrechtlich abgesetzten Offiziere usw.

Der D. O. B. ist dauernd darum bemüht, für die Aufrechterhaltung der bisherigen Tätigkeit der Offiziere auch weiterhin einzutreten. Der Erfolg dieser Arbeit ist aber in Frage gestellt, wenn nicht von der Reichsleitung unverzüglich eine Erklärung abgegeben wird, die den Offizieren eine Weiterarbeit in Ehren ermöglicht.

Deutschnationale Volkspartei.

Die Vertreterversammlung der Deutschnationalen Volkspartei für Großthüringen tagte in Erfurt. Der Saal vermochte die überaus große Zahl der aus allen Gauen Thüringens herbeigeeilten Abgeordneten kaum zu fassen. In den sehr angeregten, vom Geiste verständnisvollen Zusammenarbeitens getragenen Beratungen wurde volle Uebereinstimmung hinsichtlich Organisation, Kandidatenfrage usw. erzielt. — Anläßlich dieser Tagung hatte sich eine nach vielen Hunderten zählenden Gemeinde deutschnational und christlichsozial gesinnter Männer und Frauen aller Stände eingefunden. Es machte sich deswegen, unvorhergesehen, eine zweite gesonderte Tagung nötig. In dieser sprach Dr. Maurenbrecher in fesselnder und klarer Weise über die Richtlinien und Ziele der deutschnationalen Volkspartei. Die begeisterte Zustimmung, die der Redner fand, gestaltete die Versammlung zu einer eindrucksvollen und würdigen Kundgebung für die deutsch-national-christliche Volksbewegung unserer Tage.

Französische Gewaltmaßnahmen

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Genf, 22. Dezember.

Wie der „Matin" meldet, hat der französische Oberkommandierende in Konstantinopel die in den türkischen Häfen liegenden deutschen Schiffe mit Beschlag belegt. Auch wurde eine Anzahl Deutscher und Oesterreicher aus verschiedenen Orten der europäischen und asiatischen Türkei festgenommen und nach Frankreich überführt, wo sie bis Friedensschluß interniert werden.

Budapest, 22. Dezember.

Der französische Militärbefehlshaber hat unter Berufung auf den Waffenstillstandsvertrag das gesamte Post- und Telegraphenwesen mit Beschlag belegt und die Absendung von Telegrammen ins Ausland verboten.

Die Kommandogewalt

Wie gestern kurz bereits gemeldet, hat der Zentralrat über die Durchführung der vom Rätekongreß angenommenen Anträge mit dem Rat der Volksbeauftragten verhandelt.

In der Sitzung lagen Erklärungen der Obersten Heeresleitung, der militärischen Mitglieder der Waffenstillstandskommission, des Kriegsministeriums, des Staatssekretärs des Reichsmarineamts und anderer Stellen vor, wonach die Zurückführung der Truppen in die Heimat und die Durchführung der Bestimmungen des Waffenstillstandes bei sofortiger Verwirklichung der Forderungen des Kongresses auf das schwerste gefährdet sein würde.

Der Zentralrat stimmte darin überein, daß gesetzliche Verordnungen zur Ausführung der Kongreßbeschlüsse erforderlich sind. Diese Verordnungen nebst Ausführungsbestimmungen sollen so schnell wie möglich erlassen werden.

Zu den von W. T.-B. veröffentlichten Vereinbarungen zwischen der Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung erfahren die „Pol. Parl. Nachr." folgendes:

Die Offiziere haben ihre Bedeutung für das deutsche Heer und die deutsche Flotte noch nicht eingebüßt. Die Durchführung der Demobilisation und der Waffenstillstandsbedingungen verlangen gebieterisch die Mitwirkung des Offizierkorps. Es können keine Schiffe überführt und durch die Minenfelder geleitet werden ohne die Offiziere, die allein die technischen Möglichkeiten hierfür kennen. Die Waffenstillstandskommission ist bei hundert Einzelheiten an das Urteil der Fachleute gebunden. Würden die Offiziere durch drakonische Beschlüsse in ihrer Tätigkeit so eingeschränkt, daß sie nicht mehr mitwirken würden, so wäre der bisherige glatte Verlauf der Demobilisation aufs schwerste gefährdet. Die Feinde, insbesondere die Franzosen, haben nicht den mindesten Zweifel darüber gelassen, daß sie eine, auch nur geringe Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen zum Vorwand für den weiteren Einmarsch in deutsches Land nehmen würden.

Das neue Steuerprogramm

Von Friedrich Künzel.

Die Vorbedingung für die Durchführbarkeit der Steuerpläne des Herrn Schiffer ist, daß dafür gesorgt wird, daß die Objekte der Besteuerung, nämlich das Kapital, durch Mißgriffe von Regierung und Lohnarbeitern nicht fortgeblasen werden, bevor der Fiskus seine Hand ausstrecken kann. Der Streit über direkte und indirekte Steuern gehört jetzt der Vergangenheit an. Heute liegen die Verhältnisse für das Reich so, daß man versuchen muß, überall Geld zu erlangen, wo noch etwas vorhanden ist. Das Reichsschatzamt hat sich in erster Reihe zur Aufgabe gestellt, die großen Kriegsgewinne noch nachträglich und zwar, wie Herr Fischer sich ausdrückte, „restlos" zu erfassen. Auch dafür wird es zum Teil schon zu spät sein. Kriegsgewinne, die z. B. an der Wertpapierbörse erzielt worden sind, sind zum Teil schon durch die Baissebewegung geschmolzen worden. Viele industrielle Unternehmungen haben in den letzten Wochen überdies große Teile ihrer Reservegelder an die mit erhöhten Lohnforderungen bedachten Arbeiter auskehren müssen. Auch hier gehören also vielfach Kriegsgewinne nur noch der Geschichte an. Die Löhne der Arbeiterschaft werden sich in ihren Steigerungen kaum richtig erfassen lassen, weil sie durch die Menge an Atomen versprengt werden und weil die kleinen Ersparnisse auch nach Möglichkeit geschont werden sollen. Die Vermögensabgabe, die eine Ergänzung der Kriegsgewinnsteuer bilden soll, wird aus denselben Gründen nicht mehr die Summen liefern können, die z. B. noch im September oder Oktober zu erzielen gewesen wären. Daß man in Regierungskreisen daran denkt, die brachliegenden Gelder oder, was dasselbe ist, die Barmittel, heftig zu besteuern, findet unseren Beifall, denn gerade das brachgelegte Geld hindert unser Wirtschaftsleben ganz außerordentlich. Eine andere Frage ist aber, ob es sich in ausreichender Weise erfassen lassen wird. Die Strafandrohungen für die Steuerhinterzieher können nicht scharf genug sein, wenn sie ihren Zweck erreichen sollen. Daß die Kriegsanleihe als bares Zahlungsmittel bei Entrichtung der Steuer anerkannt werden soll, entspricht der früheren Ankündigung und wird vielleicht dazu beitragen, den Börsenwert der Kriegsanleihen zu stützen.

Was der Staatssekretär über die Verbrauchsabgaben im einzelnen noch angegeben hat, entspricht unseren Erwartungen. Daß Tabak und Zigaretten, so schätzungswert sie als Anregungsmittel sind, noch eine kräftigere Besteuerung ertragen können, ist zweifellos. Mit größerer Zurückhaltung stehen wir der Zuckersteuer gegenüber, weil Zucker in erster Reihe doch als Nahrungsmittel und dann erst als Genußmittel zu werten ist. Aber wir glauben, daß selbst die Sozialdemokratie angesichts der bedauerlichen Finanzlage des Reiches ihre Forderung, daß Nahrungsmittel unbesteuert bleiben sollen, nicht mehr ohne Beschränkung aufrecht erhalten können wird. Ueber die Besteuerung des Grundstückumsatzes und über die allgemeine Warenumsatzsteuer läßt sich, solange die Einzelheiten der Pläne unbekannt bleiben, kaum ein Wort der Kritik sagen. Daß die Besteuerung der Luxuserzeugnisse in höherem Umfange geplant wird, wird der Reichskasse nicht viel nützen, denn bekanntlich haben Luxussteuern nie große Erträgnisse gebracht. Sie tragen aber immerhin etwas dazu bei, die Stimmung der „Nichtbesitzenden" zu heben.

Die Durchführung der Gesetze wird einen großen Beamtenapparat erfordern und dem grünen Tisch wieder neue Triumphe bereiten. Die Ausführungen, die Staatssekretär Schiffer über die Beteiligung des Reiches am Wirtschaftsleben gemacht hat, enthalten insofern neue Gesichtspunkte, als nicht nur volle Staatsmonopole, sondern auch gemischt-wirtschaftliche Betriebe vom Reiche angestrebt werden. Von dieser Art der Sozialisierung wird die Arbeiterschaft keinen Nutzen haben; sie werden nur als Steuerquellen gewertet werden können, die dem Reiche neue Mittel erschließen. Eine stärkere Gewinnbeteiligung der Arbeiterschaft wird dadurch zur Unmöglichkeit, weil das nur zur Störung der fiskalischen Arbeiten führen könnte. Ob das Reich im freiwirtschaftlichen Betrieb bei möglichst wenig gehinderter Entfaltung der Konkurrenz und bei einer gleichzeitigen kräftigen Besteuerung der Gewinnüberschüsse nicht weit besser fahren könnte, ist eine Frage, die bei den Beratungen des Gesetzentwurfes nach allen Richtungen beleuchtet [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167819181223 1-18/fragment/page=0001

Verbotene Weihnachtslieder

In Berliner Schulen ist in Ausführung des „Programms", das der eigenartige preußische Kultusminister Adolf Hoffmann zur „Reform" des Schulwesens aufgestellt hat, das Singen von Weihnachtsliedern und die Veranstaltung von Weihnachtsfeiern verboten, sowie das Morgengebet bei Beginn des Unterrichts abgeschafft worden. Das hat bei den Eltern der betroffenen Kinder, besonders bei den Müttern, große Empörung hervorgerufen. Ueberall, auch in den Kreisen der Arbeiterinnen hört man Aeußerungen der Entrüstung über Adolf Hoffmann und die gesamte Regierung, die solche Minister einsetzt. „Die Religion lassen wir uns und unseren Kindern nicht nehmen!" betonen die Mütter sehr entschieden. „Ohne Religionsunterricht verroht die Jugend vollends!" Da die Revolutionsregierung einsieht, daß sie in ihrem Eifer, die Konjunktur auszunutzen, eine große Dummheit gemacht hat, sucht sie den Rückzug anzutreten. Adolf Hoffmann ist „erkrankt", selbstverständlich an der Ministerkrankheit; und sein Beirat Hänisch bemüht sich, die Sache einigermaßen wieder einzurenken. Er kann freilich nicht leugnen, daß Verbote von Schulweihnachtsfeiern stattgefunden haben. Er will das aber als „Irrtümer" hinstellen. Das Weihnachtsfest als deutsches Volks- und Familienfest zu begehen, widerspreche in keiner Weise den Absichten des Erlasses". Also als christliches Fest soll es auch nach dieser Lesart nicht mehr geduldet werden. Für dieses Jahr kommt die Deutung Hänischs auch zu spät, die Berliner Schulkinder sind um das schönste Fest gebracht, das ihnen gerade in diesem traurigen Winter so recht zu gönnen gewesen wäre. Ueberhaupt nützt der Revolutionsregierung ihr Rückzug in dieser Sache nichts mehr. Sie hat sich da zu tief in die Karten ihrer wahren Absichten sehen lassen; die Mütter werden das nicht vergessen, auch nicht bei den Wahlen zur Nationalversammlung. Recht hat Genosse Hänisch freilich, wenn er davon spricht, daß das Vorgehen gegen die Religion mit „Schonung" geschehen solle. Schonung wird jetzt schon geübt, wo sie den Augen Herren angebracht erscheint. So in den höheren Schulen, besonders in den höheren Mädchenschulen. Berlin besitzt bekanntlich eine große Anzahl Privatmädchenschulen, darunter solche, die Wert darauf legen, christliche Anstalten zu sein. Wollte man nun die Entchristlichung der städtischen Mädchenschulen zu eifrig betreiben, so würde eine starke Abwanderung nach den Privatschulen eintreten. Dadurch würde die Stadt einen erheblichen Ausfall an Schulgeld erleiden und die städtischen Schulen würden in den Ruf von Anstalten minderer Güte kommen. Vor allem aber würden die Sozialisten den christlichen Schulen, die ihnen doch ein besonderes Greuel sind, die Kinder massenweise zutreiben. Deshalb übt man da mehr Schonung als in den Volksschulen, deren Kinder ihnen für die Experimente roter Erziehungskünste gut genug erscheinen.

Die polnische Gefahr

Das preußische Kabinett hat sich in einer Sitzung mit der drohender werdenden Polengefahr beschäftigt und dabei auf verschiedene Vorschläge geeinigt, die zu ihrer Bekämpfung dienen sollen und die der Reichsregierung zur Erwägung und weiteren Veranlassung unterbreitet worden sind. Die Tendenz dieser Vorschläge geht dahin, alle unberechtigten Uebergriffe von seiten der Polen abzuwehren.

*

Die Volksbeauftragten Ebert und Haase telegraphierten dem Danziger Magistrat:

Die Reichsregierung hält es für ihre Pflicht, die deutsche Stadt Danzig zu schützen und alles aufzubieten, um sie dem Deutschen Reiche zu erhalten. Staatssekretär Erzberger brachte, er habe die Waffenstillstandskommission in Spaa beauftragt, nachdrücklichen Einspruch gegen die Landung eines polnischen Heeres in Danzig zu erheben.

*

Bolschewistischer Angriff gegen Finnland

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Kopenhagen, 21. Dezember.

Nach einer Meldung der „Politiken" aus Stockholm trifft die Bolschewiki-Regierung Vorbereitungen zu einem Angriff gegen Finnland. Sie hält den Zeitpunkt deshalb für sehr geeignet, weil die finnische Regierung nach dem Abrücken der deutschen Truppen ihrer militärischen Machtmittel entblößt ist. Nach Meldungen von der russisch-finnischen Grenze sammeln sich dort größere Verbände russischer Truppen. Auch in den finnischen Gewässern wird jetzt russische Kriegsschiffe eine eifrige Tätigkeit entfaltet, die an den Ausgängen der finnischen Häfen Minensperren anlegen.

*

Wilson gegen den russischen Bolschewismus

Haag, 21. Dezember.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London, „Manchester Guardian" berichtet, Wilson habe seinen Londoner Aufenthalt früher angesetzt, weil Miljukow und Kerenski in London sind. Die Haupttriebfeder gegen den russischen Bolschewismus liege, wie man annehme, in London und nicht in Paris. Falls es zu einer großen Unternehmung komme, um den russischen Bolschewismus zu stürzen, würde Amerika sich hieran in großem Stile beteiligen. Daraus erklärt sich, daß Wilson sich mit seiner Londoner Reise beeilt, um in diesen wichtigen Fragen mitzuarbeiten, bevor die Friedenspräliminarien beginnen.

*

Bolschewistische Strömung in Südamerika

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Lugano, 22. Dezember.

Nach Meldungen italienischer Blätter aus Buenos Aires sind in den ganzen südamerikanischen Republiken revolutionäre Strömungen vorhanden. Unter dem Militär und den Arbeitern in Chile, Peru und Argentinien werden massenhaft Flugblätter verbreitet, die zum Sturze der jetzigen Regierungen und zur Bildung von A.- und S.-Räten auffordern.

Fischversorgung durch Norwegen

Spaa, 20. Dezember.

Der Bevollmächtigte der deutschen Waffenstillstandskommission überreichte eine Note, in der es u. a. heißt:

Die deutschen Dampfer „Ledina", „Hertha", „Harmonia", „Desdemona", „Ellya" und „Delvort" sind von Helsingör zur Ausfahrt bereit oder bereits auf der Linie von Helsingör gemäß dem norwegisch-amerikanischen Abkommen über Fischausfuhr mit Fischen beladen, und drei weitere Dampfer liegen mit Rohmaterialien für Norwegen in Deutschland zur Abfahrt bereit. Die norwegische Regierung hat bei der britischen Regierung den Antrag um Geleitscheine gestellt.

Im Interesse der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln bin ich von der deutschen Regierung beauftragt, das Ersuchen zu unterstützen.

Dämmernde Erkenntnis

Der Arbeitszwang

Durch W. T.-B. wird folgendes verbreitet:

Die außerordentlich hohen Lohnsteigerungen, die gegenwärtig an der Tagesordnung sind, stellen nur eine scheinbare Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters dar. Sein Einkommen wird lediglich nominell aufgebessert. In Wahrheit führt die Erhöhung nur zu einem noch stärkeren Anziehen der Lebensmittel- und späterhin der Rohstoff- und Mietspreise. Es ist höchste Zeit, daß die Lohnfestsetzung wieder in die Bahn des Tarifvertrages zurückkehrt und gewerkschaftlichen Einflüssen zugänglich wird. Ebenso muß die Anordnung von Arbeitsniederlegungen, für die der gegenwärtige Augenblick sicher so ungünstig wie möglich gewählt ist, ausschließlich den Berufsvereinen der Arbeiter überlassen bleiben. Vom Unternehmer muß weitestgehende Rücksicht auf die Lebensbedingungen seiner Arbeiter verlangt werden; aber auch von deren Seite ist Rücksicht auf die Produktivität des Betriebes zu nehmen, ohne die kapitalistische Wirtschaftsführung ebenso unmöglich wie Vergesellschaftung ist.

Die „Politischen Parlamentarischen Nachrichten" melden dazu:

Die jetzt eingeführte Erwerbslosenunterstützung findet eine gewaltige Arbeitslosigkeit vor. Finanzpolitiker stellen schon fest, daß ihre Durchführung finanziell ruinös wirken müsse, wenn man nicht einen Arbeitszwang festlege. Die Schwierigkeit liegt darin, daß die Arbeitslosen der Großstädte schwer dazu zu bewegen sind, auf dem Lande Arbeit zu suchen. Dieser Umstand und die schweren finanziellen Lasten lassen es ausgeschlossen erscheinen, die Erwerbslosenunterstützung aufrecht zu erhalten, ohne auf der anderen Seite die Arbeitspflicht gesetzlich festzulegen. Es wird, wie wir erfahren, eine Verordnung ergehen, welche die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung in allen Fällen ausschließt, in denen der Arbeitslose für ihn geeignete Arbeit verweigert.

Die Auslegung der Wählerlisten

Der Staatssekretär des Innern hat unter dem 20. Dezember folgende Verfügung erlassen:

„Die Herren Wahlkommissare mache ich ergebenst darauf aufmerksam, daß durch die Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 19. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1441) der Wahltag zur deutschen Nationalversammlung auf den 19. Januar 1919 vorverlegt ist, und daß infolgedessen die Fristen für die Auslegung der Wählerlisten und die Einreichung der Wahlvorschläge verkürzt werden mußten.

Der Tag der Auslegung der Wählerlisten ist vom Rat der Volksbeauftragten durch die genannte Abänderungsverordnung auf den 30. Dezember 1918 festgelegt worden. Dadurch erübrigt sich die in § 3, Abs. 1 der Wahlordnung vom 30. November 1918 vorgesehene Festsetzung des Auslegungstages durch mich, nicht aber die Bekanntmachung durch den Gemeindevorstand nach § 3, Abs. 2 der Wahlordnung.

Nach § 3, Abs. 2 der Abänderungsverordnung haben die Wahlkommissare die in § 12 der Wahlordnung vorgeschriebene Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen sofort zu erlassen. Dabei wird zu beachten sein, daß nach § 3, Abs. 1 der Abänderungsverordnung die Wahlvorschläge spätestens bis zum 4. Januar 1919 beim Wahlkommissar eingereicht sein müssen.

Ich ersuche ergebenst, gefälligst hiernach zu verfahren und insbesondere so rasch als möglich die mit der Anfertigung und Auslegung der Wählerlisten befaßten Behörden ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Wählerlisten am 30. Dezember 1918 ausgelegt werden müssen."

*

Aus der Waffenstillstandskommission

Die Wahlen zur Nationalversammlung

Gesandter von Haniel hat in der Waffenstillstandskommission eine Note überreicht, in der er unter Hinweis auf die hohe politische Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung bittet, die Vorbereitungen und Vornahme der Wahlen besonders in der Presse und in den Versammlungen keine Eingriffe vorzunehmen.

Gegen die Verstaatlichung

Bremen, 21. Dezember.

Im Kaufmannskonvent sprach heute der Präses der Handelskammer, Biedermann, u. a. über die Umwandlung unserer wirtschaftlichen Verfassung. Inwieweit eine Verstaatlichung unseres Wirtschaftslebens möglich und zweckmäßig sei, bedürfe gründlicher Ueberlegung. Verderblich würde sie jedenfalls sein für diejenigen Erwerbszweige, die den Kampf mit der freien Privatwirtschaft des Auslandes aufzunehmen haben. So können namentlich der Ein- und Ausfuhrhandel und die Schiffahrt nebst der Transportversicherung nur in ständiger Fühlung mit den überseeischen Erzeugern, Verbrauchern und Kaufleuten im harten Kampfe des einzelnen um die günstigsten Bezugs- und Absatzbedingungen und sonstigen Weltmarktfaktoren gedeihen. Für sie bleibt ausschlaggebend die Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage, die allein eine Minderung der auf die Dauer erdrückend hohen Preise der für unsere Industrie und unsere Verbraucher unentbehrlichen Rohstoffe, Lebens- und Futtermittel herbeiführen kann. Soll der freie Handel mit dem Auslande wieder einsetzen und vor allem aufblühen, so muß auch die Stellung unserer Freihäfen unangetastet bleiben. Ueberall sucht man nach deutschem Muster Freihäfen einzurichten, um einen durch die Schranken der Einfuhr in das eigene Land nicht gehinderten freien Austausch von Durchgangswaren zu ermöglichen. Jeder Eingriff in diese Freiheit durch eine sozialistische Gesetzgebung würde unseren Handel in das umliegende Ausland vertreiben. Eine erfolgreiche Betätigung des Außenhandels ist aber noch durch zwei Voraussetzungen bedingt: die Preisgestaltung unserer industriellen Erzeugnisse, die den Wettbewerb auf dem Auslandsmarkte ermöglicht, die Gewährung von Kredit seitens unserer ausländischen Verkäufer und im Zusammenhange hiermit die Wiederherstellung einer normalen Valuta. Löhne von der gegenwärtigen Höhe sind unhaltbar.

Gruß und Heil den Offizieren!

Begrüßungsfeier für heimgekehrte Offiziere

Der neugegründete Deutsche Offizierbund hat den heimgekehrten Offizieren in der Philharmonie in Berlin eine stimmungsvolle Begrüßungsfeier veranstaltet. Damit war neben den vielen Festen für Soldaten endlich auch derer gedacht, die augenblicklich unter der blödsinnigen, aber doch selbst in Berlin anscheinend wieder abflauenden Hetze leiden müssen. In großen Scharen kamen die Offiziere an, verhältnismäßig wenige in Uniform. Nur hier und da sah man Feldgrau und Marineblau. Die meisten waren im Bürgerrocke gekommen. Wer näher zuhörte, spürte, daß bei manchem an jenem solchen Ehrenkleide seit dem 9. November bitterste Erinnerungen hangen. Viele hatten zu der heutigen Feier, über der ein so tiefer Schatten der Wehmut lag, ihre Angehörigen mitgebracht. In den ersten Reihen sah man grauhaarige, würdige Herren — alte Generale, die ebenfalls den feldgrauen Rock ausgezogen hatten. Und dann viel Jugend, bis zu den Leutnants. Auf allen Gesichtern aber Ernst und Gemessenheit. Der Saal und die Emporen waren bis zum letzten Platz besetzt. In der freigebaltenen Loge für die Reichsregierung sah man keinen von den Herrschaften, die ja für Offiziere nicht sonderlich etwas übrig haben. Keine Militärkapelle, begrüßte die Heimgekehrten — ein kleines, aber charakteristisches Zeichen dieser wirren und verwirrenden Tage. Die Orgel (Herr Rüdel) setzte mit einem Vorspiele ein, und durch den Saal klang es „Wohlauf Kameraden, aufs Pferd, aufs Pferd!", das dann überging in das traurige „Morgenrot, Morgenrot", sich zum Schlusse aber wieder erhob zu dem „Deutschland hoch in Ehren!" Diesen letzten Ton spann dann mit seiner Aufforderung „Deutschland hebe das Haupt!" Paul Warncke in seinem Vorspruch weiter. Hierauf nahm das Wort der Kriegsminister General Scheuch. Durch seinen Beitritt, so sagte er dabei, habe er sein Einverständnis mit den Bestrebungen des Deutschen Offiziere-Bundes kundgegeben, und wenn er aus seinem Amte scheide, so wolle er seine Kraft auch weiter zur Verfügung stellen. Daß der D. O. B. auch für die Hinterbliebenen der Gefallenen eintritt, sei besonders zu begrüßen. Das Andenken an die gefallenen Helden halten wir hoch! Wir zahlen ihnen damit einen kleinen Teil des Tributs zurück, den sie dem Vaterlande mit ihrem Leben zollten. (Die Versammlung erhob sich und weihevolle Orgeltöne erklangen.) Sie, m. H., sind heimgekehrt, von übergroßer Uebermacht erdrückt und dennoch als Sieger. Aber nicht aus allen Teilen des deutschen Volkes, das noch von der Revolution hin- und herworfen wird, strömt Ihnen reiner Dank entgegen. Dazu fehlt es doch an klarer Erkenntnis. Lassen Sie sich aber dadurch nicht in Ihrer festen Dienst- und Pflichtauffassung wankend machen! Widmen Sie weiter Ihre ganzen Kräfte dem Dienste des Vaterlandes, sei es in freien Berufen oder in Ihrem alten Beruf, um dem Offizier sein altes Ansehen wieder erkämpfen zu helfen. M. H.! Der deutsche Offizier und Beamte, sie werden nicht untergehen! Es wird die Zeit kommen, wo die deutsche Jugend an dem Beispiele, das Sie gegeben haben, wieder lernen wird, was deutsche Treue und Pflichterfüllung heißt. (Bravo!) Dann werden Sie wieder Sieger sein! (Stürm. Beifall.)

Unter lebhaftem Beifall sprach dann Major v. Oppeln-Bronikowski über die Ziele des Deutschen Offizier-Bundes. Als Frontoffizier sprach Major v. Stephani den Dank der Kameraden aus. Für uns, sagte er, war die Heimkehr sehr traurig. Aber waren unsere Opfer wirklich vergeblich? Nein! Wir vertrauen dennoch auf die Kraft des deutschen Volkes. Offiziere und Mannschaften haben treu zusammengestanden — und wie vielen Mannschaften tun die heutigen Verhältnisse leid! Protestieren müssen wir aber gegen die Beschimpfungen, daß man uns unsere Ehrenzeichen abnimmt. Die Regierung, hinter die wir uns gestellt haben, muß für uns eintreten. Wir fordern unser Recht (Stürm. Beifall), fordern es im Namen der vielen tausende gefallener Offiziere (39 v. H. sind draußen geblieben!). In Einigkeit bleiben wir stark. (Stürm. Beifall.) Ein Schlußwort hielt Rittmeister Dr. Nunan. Alles erhob sich und sang ergriffen „Deutschland, Deutschland über alles."

England und Arabien

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Haag, 21. Dezember.

Die englischen Blätter enthalten ausführliche Berichte über die Ankunft und den großartigen Empfang des Emirs Feisal, des dritten Sohnes des „Königs von Hedschas". Emir Feisal kommt im Auftrage seines Vaters, um dem englischen Könige die Ergebenheits-Kundgebung Arabiens zu übermitteln.

Emir Feisal stand bekanntlich an der Spitze der sogenannten arabischen Nord-Armee, die in den Kämpfen in Syrien und Palästina durch ihre zahlreichen Ueberfälle aus dem Hinterhalt und vor allem durch die Zerstörung der Hedschas-Bahn, den Zusammenbruch der türkisch-arabischen Streitkräfte mit herbeiführten. Emir Feisal kommt in Begleitung eines großen orientalischen Gefolges, und die englische Presse schmeichelt ihn in bekannter Weise. Er wird sich in London 14 Tage aufhalten und dann nach Mekka zurückkehren.

Republik oder Monarchie Bayern?

München, 21. Dezember.

Da die künftige bayerische Verfassung das Referendum vorsehen wird, will das Zentrum die Frage, ob Republik oder Monarchie, einer Volksabstimmung zur Entscheidung anheimgeben.

„H. Z."-Sportberichte

Fußballsport in Thüringen

(Eigener Drahtbericht.)

Erfurt: Spielvereinigung I gegen B. f. B. I 2:0. Halbzeit abgebrochen. V. f. B. II gegen Spielbg. II 0:2. — Nordhausen: Ballsport I gegen Wacker II 2:6. — Merseburg: V. f. B. III gegen Favorit III, Halle 2:3. — In Halle spielten B. f. B. II gegen Olympia I 1:3. B. f. B. IV gegen Wacker IV 1:6.

— **Fußball in Halle.** Favorit IV gegen Eintracht III; letztere nicht angetreten. — Favorit II gegen Sportfreunde I 0:3. — Favorit I spielt am 1. Feiertag gegen Sportfreunde I. — F. C. 96 I spielt am 2. Feiertag gegen F. C. Wacker I.

— **Die Verbandsspiele** (2. Serie) beginnen am 5. Jan. 1919.

— Am 29. Dezember spielt V. f. B.-Merseburg I gegen Favorit I in Halle.

— **Der Ersatzgegner** für die Vohl aus München-Gladbach spielt jetzt in Sportverein 01 in Gotha.

Hauptschriftleiter Heinrich Bottner.
Verantwortlich für den politischen Teil: Heinrich Bottner, Volkswirtschaft: Ferdinand Quarfurt, für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung, Gerichtssaal und den übrigen redaktionellen Teil: Ferdinand Quarfurt; für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Hallenschen Zeitung Otto Thiele Halle a. S.
Verlagsdirektor Robert Boenisch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167819181223 1-18/fragment/page=0002